

„Mehr bundeseinheitliche Kriterien in der Pandemie“

Nach heftiger Kritik der Kanzlerin an der Corona-Politik einiger Bundesländer unterstützt die Union den Vorstoß zur Reform des Infektionsschutzgesetzes. Gegenwind kommt von manchen Ministerpräsidenten

VON RICARDA BREYTON, NIKOLAUS DOLL
UND KRISTIAN FRIGELJ

Nach der deutlichen Kritik von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) an der Corona-Politik einiger Bundesländer hat sich Unionsfraktionsvize Thorsten Frei (CDU) für eine Reform des Infektionsschutzgesetzes ausgesprochen, um die Schutzmaßnahmen bundeseinheitlicher zu gestalten. „In der aktuellen sehr schwierigen Phase der Pandemie wäre es hilfreich, durch mehr bundeseinheitliche Kriterien und die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen die Akzeptanz der Maßnahmen zu erhöhen“, sagte Frei WELT. Es gehe folglich darum, „im Gesetz klare und für ganz Deutschland wirkende Wenn-dann-Regelungen zu definieren“.

Merkel hatte am Sonntagabend in der ARD-Sendung „Anne Will“ gesagt, die Länder müssten bei der Pandemiebekämpfung „nachlegen“. Bund und Länder hätten gemeinsam die Notbremse

zur Rücknahme bereits erfolgter Öffnungen und auch weitere Maßnahmen beschlossen. „Aber die Umsetzung ist nicht so, dass ich schon überzeugt bin, dass diese dritte Welle gebrochen wird“, kritisierte Merkel. Änderten die Länder ihr Vorgehen nicht, müsse beispielsweise eine Änderung des Infektionsschutzgesetzes erwogen werden.

FDP und Grüne im Bundestag unterstützen den Vorstoß von Merkel, Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie gegebenenfalls über Bundesgesetze einheitlicher zu regeln. „Die gesamte Pandemiepolitik muss endlich raus aus dem Hinterzimmer der MPK (Ministerpräsidentenkonferenz; Anm. der Red.) und rein in die Parlamente“, sagte FDP-Fraktionsvize Stephan Thomae WELT. „Bezüglich des Infektionsschutzgesetzes sollte die Bundeskanzlerin ihre Änderungsvorstellungen konkret benennen.“ Die FDP-Fraktion fordere seit Langem „einen

bundesweit einheitlichen gesetzlichen Stufenplan mit klaren Wenn-dann-Regeln“. Grünen-Rechtspolitikerin Manuela Rottmann sagte WELT: „Eine bundesgesetzliche Regelung der wesentlichen

Fragen der Pandemiebekämpfung ist der verfassungsrechtliche Normalfall.“ Die Grünen schlugen schon lange einen groben gesetzlichen Stufenplan vor, „an dem sich die Bürgerinnen und Bürger orientieren können: Es lässt sich verbindlich nur im Infektionsschutzgesetz regeln, welche Maßnahmen bei welcher Pandemieentwicklung getroffen werden können und müssen.“

In mehreren Bundesländern stieß Merckels Kritik dagegen auf Widerspruch. „Nordrhein-Westfalen hat die Notbremse flächendeckend verpflichtend für alle Landkreise umgesetzt“, sagte NRW-Ministerpräsident Armin Laschet nach einer CDU-Präsidiumssitzung. Darüber hinaus sei eine Terminvereinbarung in Geschäften mit einem Corona-Test möglich. Es helfe nicht weiter, wenn Bund und Länder sich gegenseitig die Verantwortung zuschieben, fügte der CDU-Chef hinzu. Auch Nordrhein-Westfalens Vizeministerpräsident Joachim Stamp (FDP) wies die Kritik scharf zurück. „Angesichts der Mängel bei der Impfstoffbeschaffung, der langen Dauer der Zertifizierung von Tests und der traurigen Bilanz der Corona-

Warn-App, für die der Bund verantwortlich ist, sollte sich die Kritik des Bundeskanzleramts auf die eigenen Versäumnisse konzentrieren und diese Mängel beheben“, sagte Stamp WELT.

Bremens Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD) reagierte reserviert. „Wir setzen die Corona-Maßnahmen um, die vereinbart sind. Auch die Notbremse“, sagte Bovenschulte WELT. „Insofern fühle ich mich von der Kritik der Kanzlerin nicht angesprochen.“ Die Bundesregierung solle „nicht mit dem Finger auf andere zeigen. Denn umgekehrt könnten die Länder ja auch darauf hinweisen, dass es mit der Impfstoffbestellung nicht ge-

klappt hat. Das aber hilft uns nicht weiter, wir müssen nach vorne schauen.“

Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) sagte dem Redaktionsnetzwerk Deutschland, er fordere schon lange einen Stufenplan und einheitliche Regeln für ganz Deutschland. Er unterstütze die Kanzlerin in diesem Ansinnen – „ich bin nur irritiert, dass sie das jetzt als Drohkulisse aufbaut“. Er ärgere sich „ein bisschen über die Tonart“. mit dpa/AFP